



**Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen**  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. ohne Zustellungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m. b. H. Dresden-A. / Reichsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachtorio: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgeellschaft Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckanstalt: Arbeiterkunst Dresden / Stocherkunden der Abteilung: Wochentags 4-6 Uhr außer Dienstag u. Donnerstag

Einzelpreis: Die neuromal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreisätzigen Teil einer Zeitseite 1,50 RM. Einzel-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Bezahlung besteht kein Umbruch aus Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 25. Juni 1928

Nummer 146

# Rassengenossinnen! Rassengenossen!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende, arbeitende Bauern!

## Die Koalition ist die Regierung des Bürgerblöds

Am 20. Mai sind über drei Millionen kommunistische, über neun Millionen sozialdemokratische Wähler zur Urne gegangen. Zwischen diesen beiden großen Herrenhäusern besteht noch ein weiterer Unterschied in der Ausprägung über Weg und Ziel des proletarischen Freiheitskampfes. Die kommunistischen Wähler sind sich klar darüber, daß die Erobierung der Macht nur über den außerparlamentarischen Kampf, die Zerrüttung der kapitalistischen Gesellschaft geht. Die sozialdemokratischen Wähler sind zum Teil nur interessiert an einer Sicherung ihrer Lage innerhalb dieser Gesellschaft, zum Teil sind sie noch erfüllt von Illusionen, von Hoffnungen auf den Weg über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Führer zur Freiheit zu gelangen. Alle aber, diese zwölf Millionen wollten eine Befreiung der Bürgerblödpolitik.

Diese Politik des Schwerkapitals, des neudeutschen Imperialismus sollte geschlagen werden. Die SPD-Führer, die dieses Wollen der Massen sehr gut kannten, taten dann vor dem 20. Mai auch so, als sei die SPD bereit, den Kampf gegen die Politik des Bürgerblöds zu führen. Kurz vor den Wahlen ging durch die deutsche Arbeiterschaft die Welle der Lohnkürzung. Die betroffenen Forderungen der Arbeiter wurden durch die brutale Schlichtungsdiktatur des Arbeitsministers Braun abgewiesen. Die Arbeiter mit Bettelpennigen abgespeist und auf Jahre durch die Tarifverträge an die Hungerlöhne gebunden. Die Empörung der Arbeiter gegen das Schlichtungssystem stieg. Die sozialdemokratischen Führer, die als Gewerkschaftsbeamte die Abwürfungen der Arbeiterforderungen in vollem Maße unterstützten, erklärten, daß die Wahl von Sozialdemokraten zum Reichstag das Schlichtungsdiktat zerschlagen solle. In Sachsen rief Toni Sender, Kandidatin der sächsischen SPD, pathetisch: „Gegen das Schlichtungsdiktat wählt SPD“.

Um eine besondere Kampftstellung gegen die USP herauszuarbeiten, führten die Fleischer, Edel und Genossen einen scharfen Kampf gegen den Bau des Panzerkreuzers. Die SPD erklärte den Arbeitern, sie werde gegen den Zollwucher, gegen den Steueraufschwung kämpfen.

Vier Wochen sind seit der Wahl vergangen. Über schon können die neun Millionen SPD-Wähler sehen, was die SPD-Führer mit ihren Stimmen anfangen. Hermann Müller bemüht sich, die neun Millionen SPD-Wähler den Kapitalisten deutlich vor die Füße zu legen. Seit Wochen führt die SPD Verhandlungen um die Regierungsbildung, die mit den Parteien des Bürgerblöds. Die SPD-Führer, die den Massen große Versprechungen gemacht haben, waren bereit, ohne Bedingungen in die Regierung mit den Vertretern des Bürgerblöds einzutreten. Sie boten nur darum, daß die anderen auch auf Bedingungen verzichten sollen. Die volksparteilichen Vertreter der Schwerindustrie aber dachten gar nicht daran ohne vorher festgelegte Garantie für die vollständige Fortsetzung der Politik des Bürgerblöds, in eine Regierung mit den Sozialdemokraten zu gehen. Sie wollen die restlose Fortsetzung des Steuerzugs, des Zollwuchers, der Schlichtungspraxis, des Imperialismus, des Panzerkreuzerbaus. Sie wollen die Fortführung der Politik der Kulturreaktion.

Die sozialdemokratischen Führer sind bereit, die Politik des Finanzkapitals weiter zu führen. Sie erbaten nur einige agitatorische Konzessionen, um die Massen der neun Millionen Wähler irreführen zu können. Aber auch diese agitatorischen Konzessionen wollten die volksparteilichen Führer nicht geben. Nirgends verlangten die SPD-Führer die wirkliche Einführung des Achtstundentages, nirgends die Befreiung des Schlichtungswesens. Brauns, Arbeitsminister des Bürgerblöds, soll auch der Arbeitsminister der Großen Koalition sein. Stresemann,

d. imperialistische Außenminister des Bürgerblöds, soll auch der Außenminister der sozialdemokrat-bürgerlichen Regierung werden. Der laut versprochene Steuererlaß soll sich auf ein Siebzehntel der Steuerlast erstrecken. Anstatt wirklich auf ein Siebzehntel der Steuerlast zu kommen, die Lebensinteressen der lich proletarischen Forderungen für die Nationalfeiertag, rügte man bei den Verhandlungen den Nationalfeiertag in den Vordergrund.

Die SPD-Führer wissen ganz genau, daß sie in der Koalitionsregierung nur bürgerliche Politik, Politik gegen die Arbeiter machen können. Sie wollen auch keine andere Politik. Sie haben 1918 und 1923 in Koalitionsregierungen die Kapitalisten getreten, die Arbeiter niedergeschlagen. Sie haben mit der Zustimmung zum Errichtungsgesetz im Jahre 1923 den Weg für die Politik des Bürgerblöds freigemacht.

Die neun Millionen Stimmen gelten den sozialdemokratischen Führern nicht als Urne zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen, sondern nur als Sprungbrett zu Ministerstühlen.

Die Verhandlungen sind zwar vorläufig gescheitert. „Die Große Koalition gescheitert“, verkündet die sozialdemokratische Presse. Sie verkündet dies, um die Arbeiter bewußt zu täuschen. Inzwischen sieht Müller aber seine Bemühungen um die Große Koalition fort. Jetzt soll die Regierung unter dem Etikett des „Kabinetts der Persönlichkeiten“

erstehen. Schon haben die Volksparteier Curtius und Stresemann ihre Zulage zur Beteiligung an diesem Kabinett gegeben. Ist diese Regierung etwas anderes als die Große Koalition? Nein, sie ist sogar die offensichtlichste Große Koalition.

Diese Regierung wird die Unterdrückung der Arbeiter fortsetzen, sie wird die kapitalistische Rationalisierung unterstützen, das Schlichtungsdiktat aufrechterhalten. Die Lasten der Arbeiter, der Kleingewerbetreibenden, der arbeitenden Bauern werden nicht erleichtert, sondern verstärkt werden.

Die SPD aber wird einige Ministerstühle haben.

Wähler der SPD, war und ist das euer Wille? Euch hat man nicht gefragt. Nicht einmal die Mitglieder der SPD wurden gehört, der Parteivorstand lehnte es ab, einen Parteitag einzuberufen.

Jetzt wird es höchste Zeit, daß die Wähler, daß die Massen reden. Duldet nicht den Kuhhandel, duldet nicht einen Verteilung einander Stimmen an die Kapitalisten um den Preis einiger Ministerstühle.

Arbeiter, Arbeiterinnen, nehmt Stellung in den Betrieben, tretet zusammen in Betriebsversammlungen. Erhebt eure Stimme zum Protest gegen die Koalitionsregierung, protestiert gegen die Regierung der Großen Koalition.

Angestellte, Beamte in den Büros protestiert. Ihr wollt die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Die SPD aber stimmt der Besoldungsvorlage zu. Sie wird auch jetzt eure Lage nicht ändern.

Gewerbetreibende, Kleinbauern! Die Koalitionsregierung wird eure Lasten nicht erleichtern.

Werktätige! Läßt euch nicht täuschen durch sozialdemokratische Manöver, durch einige Zwischenlösungen. Die Große Koalition mit den Volksparteien marschiert.

Ihr selbst müßt entscheiden. Macht Versammlungen, nehmt Entscheidungen an.

Eure Interessen könnt ihr nur vertreten durch euren eigenen Aufmarsch.

### Das Kabinett der Persönlichkeiten

Die getarnte Große Koalition

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtmeldung)

Am Sonnabend und Sonntag war Hermann Müller weiterhin bemüht, das Kabinett der Großen Koalition, das heißt ein Kabinett der Persönlichkeiten, zustande zu bringen und man schreibt in der Montagspresse davon, daß die heutige und morgen stattfindenden Vorberatungen der fünfzig Koalitionsparteien ihre Stellungnahme dahingehend zum Ausdruck bringen, daß bereits am Dienstag nachmittag Hermann Müller das Kabinett der Großen Koalition fertig hat.

Insgesamt sind sichere Zusagen der Volksparteier Curtius und Stresemann, in dieses Kabinett einzutreten, bereits vorhanden. Müller hatte sich nach einer Meldeung des Vorwärts an Stresemann gewandt, der sich im Schwarzwald auf Urlaub befindet, und die Zusage erhalten, daß er sich bereit erklärt, in ein Kabinett der freien Persönlichkeiten einzutreten.

## Ihr Weg und — unserer

Die Koalition ist gescheitert, es lebe die Koalition!

Mit diesem Schlagwort ziehen sich die erlöschenden Unterhändler auf einige „verdiente Ruhepause“ zurück. Dann beginnt ihre harte Koalitionsarbeit von neuem. Herr Hermann Müller wird noch einmal sein Glück versuchen. Denn keine von den Parteien, die jetzt die Regierungsergebnisse zum Scheitern brachten, denkt daran, anders als in der Koalition die Lösung zu finden. Es ging nicht um unüberbrückbare Gegensätze, es ging nicht um die bessere Mandatserzielung für die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie, und die Deutsche Volkspartei hat durch ihr Aufrumpfen den ersten Gang entschieden, weil sie weiß, daß hinter ihr die ganze Macht der Bourgeoisie steht, weil sie weiß, daß parlamentarische Siege wenig, außer parlamentarische Kräfte alles bedeuten.

Selbst wenn der Sozialdemokrat Hermann Müller mit dem nächsten Versuch mit einer kleineren Koalition mehr Glück hätte, als er mit der großen hatte — es sieht allerdings nicht danach aus —, selbst seine nächsten Weimarer Freunde, die Demokraten, plustern sich auf und geben unzählbar zu verstehen, daß ihr Platz an der Seite des großen Bruders, der Deutschen Volkspartei ist; das Zentrum ist etwas reservierter, es erwartet sich von der Ausbildung der sozialdemokratischen Regierungspartei mit Recht bessere Positionen für seine sozialdemokratischen Ziele, aber die Bourgeoisie-Volkspartei verzögert um so deutlicher die kalte Schulter gegen die Kleine Koalition — so wird das Glück des Herrn Müller doch nur ein neues Magazin für die neuen Millionen sozialdemokratischer Wähler sein.

Denn es gibt keine Koalition, keine große, keine mittlere, keine kleine, die nicht eine Koalition gegen die Arbeiter ist. Denn es ist gefährlicher, je größer die Illusionen über sie, desto schlimmer für das werklagte Deutschland.

An den gekehlerten Koalitionsverhandlungen haben die Arbeiter einen unbezahlbaren Anbauungsunterricht erfahren, was Koalitionspolitik in Deutschland heute bedeutet. Diese Verhandlungen waren ebenso widerlich wie ausschließlich. Sie haben ihnen jetzt auch breiten Massen sozialdemokratischer Arbeiter gezeigt, wie töricht ihr Glauben war, die gewaltige parlamentarische Stärkung der Sozialdemokratischen Partei, zu der sie durch ihre Stimmenabgabe beitragen könnten der Arbeiterklasse auch nur den geringsten Vorteil bringen.

12 Millionen anstapitalistischer Stimmen Millionenverschärfung der großbürgerlichen Parteien, Millionenverschärfung der Kapitalertragsteuer und die Ergebnisse: diese gewaltige Demontage gegen die kapitalistische Herrschaft, diese gewaltige Rundgebung ist eine Aenderung des Kurses der Rentenpolitik in Deutschland wird von der heutigen noch jährenden Ar-

beterpartei", der Sozialdemokratie, dazu benutzt, daß sie, um überhaupt eine Regierung zustande zu bringen, an der sie beteiligt sein darf, alle ihre Forderungen aus dem Wahlkampf fallen läßt und sich den im Wahlkampf parlamentarisch schwer gebliebenen bürgerlichen Parteien bereit zeigt, nicht ihre, wohl aber deren Forderungen zur Grundlage einer Regierungsbildung anzunehmen. Die berühmten 17 Punkte des Herrn Hermann Müller, um die er tagelang mit dem Herrn Ausdruck feilte, wird die Arbeiterschaft wahrscheinlich nie erfahren. Es genügt aber zur Beurteilung dieser 17 Punkte, was über die entscheidenden Punkte bekanntgeworden ist, über die an denen die Koalition scheiterte ebenso, wie über die, an denen sie sich als beste Lösung für die Bourgeoisie erprobte.

Bei vornherein war unter den 17 Punkten keine Rede von der Forderung die 12 Millionen von Weltlöhnen im Wahlkampf stellten und deren willen sie vor allem die Sozialdemokratie wählten, die ihnen die beste Garantie zu geben schien, daß sie wenigstens etwas herausholen wird. Von der Forderung der sofortigen Verbesserung der Lage der Arbeiter und auch der wertvollen Mittelschichten, keiner dieses Themas wurde eins gar nicht geplaudert. Während allerdings der zweiten Auskunfts tagtage gleichzeitig in Düsseldorf der Panzer-Bund, und der Sprecher der rheinisch-württembergischen Großindustrie Generaldirektor Reinhart, volksparteilicher Koalitionspartner der Sozialdemokratie, hielt dort eine extrem liberaldemokratische Rede, in der er eine Verstärkung der Dienstleistung gegen die Arbeiterschaft ankündigte. Der Koalitionsminister und Senator Höpner-Althoff, Finanzminister der Preußenkoalition, ergänzte ihn würdig entwidmet das Programm des Einheitsbundes und den Verteilen der Transbundes, ein weiterer Demokrat der Kommissionen von Württemberg aus Stuttgart, forderte die Einigung eines Finanzministers, der in Zusammenarbeit mit dem Sparminister die Finanzsphäre des Reichstags sowohl wie möglich befähigen soll.

Aber hat nur keine kommunistischen Arbeitervorstellungen, was etwa in den Koalitionsverhandlungen nicht doch von einer sozialdemokratischen Hilfe für die vereidigten Schichten der Arbeiterschaft die Rede? War nicht zuletzt die vom Stahlheimer Schatz geführte volksparteiliche Aktion für die Aufzuladung zur SPD-Forderung auf die Erhöhung des Existenzminimums? Wäre es nicht doch eine Erleichterung, eine dieser Verbesserungen, die herangeholt werden sollten?

Gleichen wir ein wenig bei diesem Punkt! Es ist lehrreicher als alles andere. Siehe die Verhandlungen zum Scheitern lamen, da war es doch natürlich so, daß — nicht ohne Gegenforderungen versteht sich — die Volkspartei für die Steuererhöhung der Kapitalertragsteuer und die Verlängerung der Frist für die Rücknahme der Vermögenszuwachssteuer — diese Aussicht auf die Realisierung des Existenzminimums bedeutsam ist, die einzige materielle Erfolg für die Arbeiter zu werden hoffen. Zu werden